

Karl Schmid und die Frage einer schweizerischen Atombewaffnung

Autor(en): **Braun, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **173 (2007)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-71094>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Karl Schmid und die Frage einer schweizerischen Atombewaffnung

Das diplomatische Tauziehen um das nordkoreanische und das iranische Atomprogramm verleiht den Bemühungen um die Durchsetzung des Nonproliferationsabkommens neue Aktualität. In diesem Zusammenhang wird oftmals vergessen, dass sich die Schweiz zu Beginn ebenfalls ausgesprochen schwer tat, eine Beschränkung der lange Zeit auch im Bereich der Nuklearrüstung angestrebten, maximalen staatlichen Handlungsfreiheit innerlich zu akzeptieren und dass die seit Ende des Zweiten Weltkrieges im Geheimen verfolgte Option einer eigenen Atombewaffnung erst nach und nach, gleichsam stillschweigend, fallengelassen wurde. Im Rahmen seines Mandates als Präsident der *Studienkommission für strategische Fragen* befasste sich mit dieser brisanten Thematik Ende der sechziger Jahre auch der brillante Germanist, ETH-Rektor und Generalstabsobster Karl Schmid (1907–1974), der dieses Jahr seinen hundertsten Geburtstag gefeiert hätte. Seine Rolle innerhalb der schweizerischen Atomwaffendebatten und dabei nicht zuletzt auch seine Auseinandersetzungen mit einem anderen herausragenden sicherheitspolitischen Querdenker, Gustav Däniker, stehen im Zentrum des folgenden Artikels.**

Peter Braun*

Einleitung

Von der Rekrutenschule 1927 bis zur Entlassung aus der Wehrpflicht dreieinhalb Jahre vor seinem Tod spielte das Militär im Leben Karl Schmidts eine zentrale Rolle. Eine eindrucksvolle Karriere führte ihn bis zum Grad eines Obersten im Generalstab und liess ihn insgesamt 2300 Diensttage leisten. Bei so viel Engagement war der Gedanke freilich nicht abwegig, die Berufung endgültig zum Beruf zu machen und sich ganz dem Dienst in Uniform zu verschreiben. Die Gelegenheit dazu hätte durchaus bestanden. Als ihm Ende 1957 tatsächlich ein Divisionskommando angeboten wurde, lehnte er dieses ab, und zwar mit der Begründung, dass er eine Zusage «mit einem lebenslänglich schlechten Gewissen gegenüber der Hochschule» erkaufen müsste, obschon es – wie er bescheiden anmerkte – natürlich verlockend wäre, auf militärischem Gebiet «die Stufe des mehr oder weniger Dilettantischen» endlich zu verlassen. Er unterliess es nicht, seine Absage mit der Versicherung zu verbinden, dass dieser Entscheid an seiner Einstellung gegenüber Land und Armee nichts ändere und dass er als Milizoffizier versuchen werde, auch in Zukunft das Seinige beizutragen.¹ Dies sollte kein leeres Versprechen bleiben. Gleichsam krönender Höhepunkt

seines jahrzehntelangen Einsatzes zugunsten der res publica, und namentlich der militärischen res publica war das Präsidium der *Studienkommission für strategische Fragen*, das er 1967, ziemlich genau zehn Jahre nach seinem Verzicht auf eine Karriere als Berufsoffizier, auf Anfrage des damaligen Generalstabschefs Paul Gygli übernahm.

Fragen der Landesverteidigung, welche auch in Schmidts publizistischem Schaffen einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert einnehmen, beinhalteten nach den Atombombeneinsätzen vom August 1945 beinahe zwangsläufig immer auch die ver-

tiefe Auseinandersetzung mit den spezifischen Herausforderungen des Nuklearzeitalters. Dazu gehörte – angesichts der damaligen existenziellen Bedrohung weit weniger befremdend als aus heutiger Sicht – auch die Beantwortung der Frage, ob die Schweizer Armee nicht ebenfalls mit Atomwaffen ausgerüstet werden müsste, sollte sie ihre verfassungsmässigen Aufträge auch im Schatten des nuklearen Damoklesschwertes weiterhin mit Aussicht auf Erfolg erfüllen – eine Frage, die bis Anfang der siebziger Jahre nicht nur in Militärkreisen, sondern bisweilen auch in der Öffentlichkeit ausgesprochen kontrovers diskutiert wurde. Diesem zweifelsohne heiklen Thema konnte sich selbstredend auch Karl Schmid nicht entziehen. Innerhalb der von ihm präsierten Studienkommission nahm die Diskussion um eine schweizerische Kernwaffenoption denn auch einen prominenten Platz ein, und Schmid selbst äusserte sich ab Mitte der sechziger Jahre verschiedentlich pointiert zur Thematik.

Die schweizerische Atomwaffendiskussion im Kalten Krieg und Schmidts Rolle darin stehen im Zentrum der folgenden Ausführungen. Dabei werden zunächst die wichtigsten Konfliktlinien und Eckpunkte der Diskussion in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten überblicksartig nachgezeichnet. Alsdann wird vertieft auf einen

¹AfZ, Nachlass Karl Schmid, 287.6, Schmid an KKdt Thomann, 19.10.1957.



Karl Schmid
als Generalstabsobster

Karl Schmid (1907–1974)

Karl Schmid wurde am 31. März 1907 in Zürich geboren. Nach dem Gymnasium studierte er an den Universitäten Zürich und Berlin Germanistik und Geschichte und promovierte 1934 bei Prof. Emil Ermatinger mit der Dissertation «Schillers Gestaltungsweise». Am 1. April 1944 wurde er zum ausserordentlichen Professor für deutsche Spra-

che und Literatur an der ETH berufen, drei Jahre später erfolgte seine Wahl zum Ordinarius. Zwischen 1953 und 1957 versah er das Amt des Rektors. Seine letzte Vorlesung hielt er im Sommersemester 1974.

Die Rekrutenschule absolvierte er 1927 bei der Artillerie. Im Folgejahr wurde er zum Leutnant befördert. 1940 besuchte er den Generalstabskurs I und versah in der Folge verschiedene Funktionen im Stab der 9. Division. Als Oberst i GSt war er zuerst Kommandant eines Artillerieregiments und anschliessend, 1952 bis 1953, Stabschef des 3. Armeekorps. Es folgten Einteilungen in verschiedenen höheren Stäben. Am 31. Dezember 1970 wurde er unter Verdankung der geleisteten Dienste aus der Wehrpflicht entlassen.

Karl Schmid war seit 1940 mit der Schauspielerin Elsie Attenhofer verheiratet und hatte zwei Kinder, Christoph und Regine. Neben seinem beruflichen Wirken als Professor und Rektor der ETH und dem militärischen Engagement als Milizoffizier war er zeit seines Lebens in verschiedensten Akademien, Stiftungen und Arbeitsgruppen tätig, unter anderem in der *Studienkommission für strategische Fragen*, die er 1967 bis 1969 präsierte. Er starb am 4. August 1974 in Zürich.

*Peter Braun, Dr. phil., Historiker Universität Zürich, Hptm Betr Det Log Br 1, Kernprozessmanager Doktrinforschung und -entwicklung im Planungsstab der Armee, 3003 Bern.

**Beim vorliegenden Artikel handelt es sich um den Vorabdruck eines Beitrages zu: Bruno Meier (Hrsg.), Das Unbehagen im Kleinstaat Schweiz. Der Germanist und politische Denker Karl Schmid (1907–1974). Zürich 2007.

medialen Schlagabtausch Schmidts mit einem anderen sicherheitspolitisch herausragenden Kopf der Schweiz eingegangen, nämlich mit Gustav Däniker, einem der vehementesten Atomwaffenbefürworter seiner Zeit. Abschliessend werden die Diskussionen innerhalb der *Studienkommission für strategische Fragen* ausführlicher dargestellt, welche nicht zuletzt auch zu einem allfälligen Beitritt der Schweiz zum Non-proliferationsabkommen Stellung zu nehmen und die Frage einer Schweizer Atombewaffnung unter Berücksichtigung gesamtstrategischer Gesichtspunkte zu klären hatte.

Die schweizerische Atomwaffenoption 1945–1964

Nur wenige Wochen nach den Atombombeneinsätzen auf Hiroshima und Nagasaki wurden die Diskussionen um das Für und Wider einer eigenen Nuklearbewaffnung auch in der Schweiz eingeleitet.² Auf Anregung hoher Offiziere bestellte das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) im Spätherbst 1945 eine aus renommierten Kernphysikern bestehende *Studienkommission für Atomenergie* (SKA), die sich – ihren geheimen Richtlinien zufolge – auch mit der «Schaffung einer schweizerischen Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie beruhen», befassen sollte.³ In der Praxis lag das Schwergewicht der Arbeiten indes bei der friedlichen Nutzung der neuen, zukunftssträchtigen Technologie, wobei allerdings die zumindest vordergründig rein «zivilen» Vorhaben, wie etwa der Bau eines Versuchskernreaktors, durchaus auch einen vom EMD stets mit Erfolg geförderten militärischen Nebeneffekt hatten.

Hatte es sich bei diesen ersten geheimen Forschungsarbeiten noch um Bemühungen innerhalb eines kleinen militärisch-wissenschaftlichen Spezialistenkreises gehandelt, so wurde der Atomwaffendiskurs ab Mitte der fünfziger Jahre zunehmend auch in der medialen Öffentlichkeit ausgetragen. Die absehbare vollständige Nuklearisierung des europäischen Gefechtsfeldes infolge der Einführung sogenannter «taktischer» Atomwaffen sowie das damit einhergehende Schreckgespenst eines «Atomvakuums Schweiz» und einer – angesichts der offensichtlichen Asymmetrie innerhalb der NATO – nicht zu Unrecht befürchteten weiteren Kernwaffenproliferation führten dazu, dass ab Beginn des Jahres 1955 in schweizerischen Offizierskreisen der Ruf nach eigenen Atombomben immer lauter wurde. Das EMD kam zu ähnlichen Schlüssen. In einem Ende Mai 1958 dem Bundesrat unterbreiteten Geheimbericht wurde gefolgert, dass die Schweiz alles Interesse daran habe, ihre Ar-

Die Einführung kleinkalibriger Nuklearwaffen für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld (sogenannt «taktische» Atomwaffen) führte in der Schweiz Mitte der fünfziger Jahre zu einer Intensivierung der Bemühungen um eine eigene atomare Aufrüstung.



mee mit Nuklearwaffen auszurüsten. Die Exekutive hiess zwar noch vor Jahresende verschiedene vom EMD beantragte Massnahmen zur Abklärung der Beschaffungsmöglichkeiten im In- und Ausland gut, die konkrete Umsetzung der bundesrätlichen Aufträge kam in den folgenden Monaten und Jahren jedoch nur schleppend voran, nachdem die Landesregierung die zwingend nötigen, neutralitätspolitisch aber äusserst heiklen Auslandkontakte in Sachen Atomwaffen im Frühjahr 1960 faktisch verboten und damit den nuklearen Ambitionen gewisser Offiziere der Generalstabsabteilung einen einstweiligen Riegel geschoben hatte.

Der Grund für die bundesrätliche Zurückhaltung lag nicht zuletzt in den heftigen internationalen Reaktionen auf eine Verlautbarung gut zwei Jahre zuvor. In der Absicht, gegen die sich formierende schweizerische Antiatombewegung Stellung zu beziehen, deren pazifistisch motivierten Postulate er für defätistisch und von Moskau gesteuert hielt, hatte sich der Bun-

welche die atomwaffenpolitische Grundsatzerklärung fälschlicherweise als mehr oder weniger definitiven Beschaffungsentcheid interpretierten – eine Beschaffung, die in ihren Augen nur bei einer der beiden angelsächsischen Atommächte getätigt werden konnte – hatte dem Bundesrat und insbesondere dem Eidgenössischen Politischen Departement (EPD) zum ersten Mal deutlich vor Augen geführt, dass ein Kauf von Kernwaffen im Ausland, sollte sich die Gelegenheit dazu überhaupt je bieten, entgegen den Ausführungen in den Geheimberichten des EMD eben doch nicht einfach denselben Modalitäten unterliegen würde wie jedes andere Rüstungsgeschäft.

Die atomwaffenpolitische Grundsatzerklärung des Bundesrates vom 11. Juni 1958

«In Übereinstimmung mit unserer jahrhundertalten Tradition der Wehrhaftigkeit ist der Bundesrat [...] der Ansicht, dass unserer Armee zur Wahrung unserer Unabhängigkeit und zum Schutze unserer Neutralität die wirksamsten Waffen gegeben werden müssen. Dazu gehören die Atomwaffen.»

... hatte sich der Bundesrat am 11. Juli 1958 in einer prinzipiellen Erklärung erstmals auch öffentlich mit aller Deutlichkeit für eine eigene Atombewaffnung ausgesprochen, falls eine effiziente Landesverteidigung und ein wirksamer Neutralitätsschutz anders nicht mehr zu gewährleisten wären.

desrat am 11. Juli 1958 in einer prinzipiellen Erklärung erstmals auch öffentlich mit aller Deutlichkeit für eine eigene Atombewaffnung ausgesprochen, falls eine effiziente Landesverteidigung und ein wirksamer Neutralitätsschutz anders nicht mehr zu gewährleisten wären. Das folgende diplomatische Säbelrasseln hoher Sowjetführer,

Auch innenpolitisch zeitigte die Verlautbarung vom Juli 1958 nicht die gewünschte beruhigende Wirkung. Im Gegenteil: Ende der fünfziger Jahre lancierte die politische Linke gleich zwei Volksinitiativen, wobei die eine auf ein vollständiges Verbot, die andere zumindest auf eine verfassungsrechtliche Erschwerung einer atomaren Rüstung angelegt war. Die beiden Atom-

²Zur Nuklearbewaffnungsoption in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten siehe: Metzler, Dominique B., Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee, 1945–1969. In: *Rüstung und Kriegswirtschaft*. Bern/Stuttgart/Wien 1997 (Studien und Quellen; Bd. 23), S. 121–169 und Braun, Peter, Von der Reduitstrategie zur Abwehr. Die militärische Landesverteidigung der Schweiz im Kalten Krieg 1945–1966. Diss. Univ. Zürich. Baden 2006, (Der Schweizerische Generalstab; Bd. 10), S. 745–824.

³BAR E 27/19038, 3, Richtlinien für die Arbeiten der SKA auf militärischem Gebiet, 5.2.1946, S. 2.

initiativen wurden 1962 und 1963 nach äusserst harten Abstimmungskämpfen mit grossem Mehr vom Souverän verworfen, der sich damit der Auffassung des Bundesrates anschloss, dass es erstrebenswert sei, «für die Zukunft den Weg für eine atomare Rüstung der Armee offenzulassen, sofern sich die Möglichkeiten dazu ergeben und sie sich als notwendig erweist».⁴ Die Exekutive und mit ihr die Armeespitze hielten damit einen klaren Beweis in Händen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung einer Ausrüstung der Schweizer Armee mit Nuklearwaffen gegenüber nicht grundsätzlich ablehnend eingestellt war.

Mit dem Scheitern der zweiten Atominitiative Ende Mai 1963 war der Weg frei, die längst überfälligen Schritte zu unternehmen, um in Sachen Atombewaffnung endlich vorwärts zu kommen. In denselben Sommermonaten 1963, in denen sich der Bundesrat für einen Beitritt zum Moskauer Abkommen über das partielle Verbot von Kernwaffenversuchen aussprach und damit

Mit dem Scheitern der zweiten Atominitiative Ende Mai 1963 war der Weg frei, die längst überfälligen Schritte zu unternehmen, um in Sachen Atombewaffnung endlich vorwärts zu kommen.

politisch relativ unmissverständlich signalisierte, dass er sich von internationalen Bemühungen, die Proliferation vertraglich einzudämmen, offensichtlich zunehmend mehr versprach als von einer Verstärkung der militärischen Abwehrkraft durch die Beschaffung eigener Nuklearwaffen, erarbeitete eine aus drei verwaltungsexternen Kernphysikern bestehende Studiengruppe im Auftrag des Unterstabschefs Planung den streng geheimen MAP-Bericht. Dieser setzte sich – anders als die Studien Ende der fünfziger Jahre – nun auch wissenschaftlich mit der Frage auseinander, ob eine schweizerische Atomwaffenproduktion technisch und finanziell überhaupt machbar wäre. Die Experten bejahten diese Frage und schlugen vor, eine Reihe weiterer Abklärungen in Angriff zu nehmen, in erster Priorität die Erforschung der waffentechnischen Grundlagen, der Urananreicherung und der inländischen Uranprospektion. Der Bundesrat zeigte sich diesen Anträgen gegenüber indessen von Anfang an ausgesprochen skeptisch – eine Haltung, die sich nach der Mirage-Affäre vom Sommer und Herbst 1964 noch zusätzlich akzentuieren sollte.

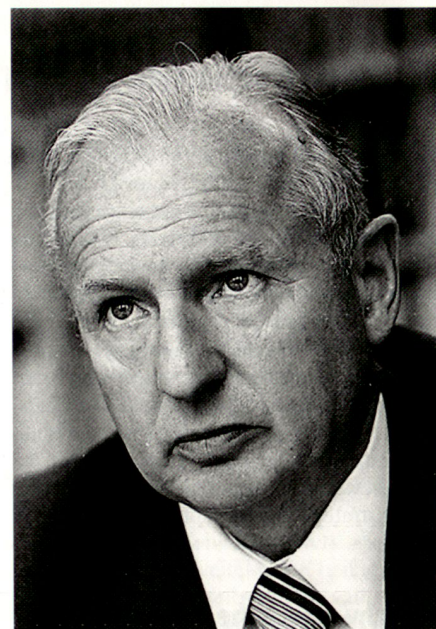
Zögernde Haltung des Bundesrates infolge der Mirage-Affäre

Die innen- und militärpolitische Krise infolge der massiven Kostenüberschreitungen beim *Mirage*-Geschäft – ein Flugzeug notabene, das nicht zuletzt auch als Trägersystem für die dereinst zur Verfügung stehenden Atomwaffen evaluiert worden war⁵ – bedeutete für die nuklearen Pläne des EMD den wohl herbsten Rückschlag. Nicht nur dem Bundesrat, auch zahlreichen hochrangigen Offizieren wurde in der Folge immer deutlicher bewusst, dass es dem Kleinstaat Schweiz ganz offensichtlich nicht mehr möglich war, auf allen Gebieten der modernen Kriegstechnik mit den militärischen Führungsmächten Schritt zu halten. Konsequenterweise fiel die Landesregierung im Bereich der militärischen Atomforschung nach 1964 nur noch halbherzige Entscheide, welche weder ein Ende der Option bedeuteten, noch den nötigen politischen Rückhalt für weitere Abklärungen schaffen konnten.⁶

Deutlichster Ausdruck der allgemeinen militärpolitischen Kurskorrektur war der bundesrätliche Bericht zur Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6.6.66, worin nicht nur die Einsatzdoktrin der Armee ausgesprochen zurückhaltend umschrieben war, sondern auch und gerade die Problematik eigener Nuklearwaffen. Aufgrund ethisch-weltanschaulicher Überlegungen, hiess es dazu, sei die Schweiz «an allen Bestrebungen, die auf eine Eindämmung und Nichtanwendung solcher Waffen hinzielen und in dieser Beziehung

Deutlichster Ausdruck der allgemeinen militärpolitischen Kurskorrektur war der bundesrätliche Bericht zur Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6.6.66.

Garantien schaffen, in höchstem Masse interessiert». Dies bedeutete freilich keineswegs, dass der Bundesrat die Option einer allfälligen atomaren Aufrüstung mittlerweile vollständig fallengelassen hätte, denn solange Atomwaffen vorhanden seien und gegen die Schweiz eingesetzt werden könnten, bestehe weiterhin die Pflicht, die Vor- und Nachteile einer eigenen Nuklearbewaffnung gründlich zu überprüfen. «Diese Abklärungen müssen die Frage einschliessen, wann der Punkt erreicht ist, an dem die weitere Ausbreitung der Kernwaffen unser Land zu ihrer Beschaffung zwingen könnten.»⁷



Gustav Däniker d.J. (1928–2000), einer der profiliertesten Militärpublizisten der Schweiz und in den sechziger Jahren vehementer Verfechter schweizerischer Atomwaffen.

Foto: EMB, Sammlung Walter Rutishauser

Gustav Dänikers Strategie des Kleinstaats

Während die Konzeption 66 sowohl in den Medien als auch im Parlament ausserordentlich wohlwollend aufgenommen wurde, waren es vor allem Exponenten der Zürcher Offiziersgesellschaft, welche teilweise scharfe Attacken gegen den bundesrätlichen Bericht ritten. Die dort vertretene Sicht – so beanstandeten sie – sei viel zu eng und die geschilderten Abwehrmassnahmen trügen der tatsächlichen Bedrohungen im Atomzeitalter nicht wirklich Rechnung. Die Kritik der Zürcher Offiziere war stark von den Thesen Major i Gst Gustav Dänikers, einem der profiliertesten Militärpublizisten der Schweiz beeinflusst.⁸

⁴Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Volksbegehren für ein Verbot von Atomwaffen vom 7. Juli 1961. In: BBl 1961, II, S. 202–223, hier S. 221.

⁵Braun, Peter, Die Nuklearbewaffnungsoption der *Mirage III*. In: ASMZ 4 (2000), S. 12f.

⁶Sehe ausführlich: Stüssi-Lauterburg, Jürg, Historischer Abriss zur Frage einer Schweizer Nuklearbewaffnung. In: Schweizerische Vereinigung für Militärgeschichte und Militärwissenschaft (Hrsg.), *Travaux & recherches – Beiträge zur Forschung*. Bern 1997, S. 107–171.

⁷Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der schweizerischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966. In: BBl 1964, I, S. 853–877, hier S. 871f.

⁸Braun, Peter, Kritik an der Konzeption 66 und Anfänge einer schweizerischen Strategiediskussion – Gustav Dänikers *Strategie des Kleinstaats*. In: Planungsstab der Armee/Militärdoktrin (Hrsg.), *Die Konzeption vom 6.6.66 – 40 Jahre danach*. Beiträge zum Symposium des Chefs der Armee vom 6.6.2006. Bern 2007, S. 48–59.

Mitte September 1966, unmittelbar vor Beginn der parlamentarischen Behandlung des Berichtes, veröffentlichte er ein Buch mit dem Titel *Strategie des Kleinstaats*. Es wäre indessen verfehlt, in der *Strategie des Kleinstaats* einfach nur eine polemische Antwort auf die Konzeption vom 6.6.66 zu sehen. Nach späteren Aussagen Dänikers entstand das Buch durchaus nicht einfach spontan, sondern die darin vertretenen Thesen waren Ausfluss eines jahrelangen Denkprozesses und der intensiven Beschäftigung mit ausländischen Strategieexperten, insbesondere mit dem französischen General André Beaufre. Däniker hatte denn auch bereits in einem 1964 erschienenen, damals aber nur wenig beachteten Artikel moniert, dass sich das schweizerische militärische Denken im Verlaufe des 20. Jahrhunderts zusehends von der Strategie entfernt und nahezu ausschliesslich der Behandlung operativer Probleme zugewandt habe. Eine derart beschränkte Sicht entspreche den aktuellen Bedrohungen indessen nicht mehr. Neben die beiden traditio-

Anders als der Generalstab Ende der fünfziger Jahre forderte Däniker nicht eine taktische, sondern eine operative Atombewaffnung.

nellen strategischen Ziele der Schweiz – die Bewahrung der Unabhängigkeit und die Behauptung des Territoriums – müsse zwingend ein drittes treten, nämlich der Schutz der Bevölkerung vor der Vernichtung bzw. der Drohung mit Vernichtung. Gegen die nukleare Erpressung, der grössten Gefahr des Nuklearzeitalters, existiere nur ein Mittel, nämlich eine auf realen Möglichkeiten basierende Gegendrohung: die atomare Abschreckung.⁹

In völliger Übereinstimmung mit den Ergebnissen des MAP-Berichts von 1963, über dessen Inhalt Däniker zumindest in den Grundzügen im Bilde zu sein schien, beurteilte er die Möglichkeiten der Schweiz, dieses Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen, durchaus optimistisch: «Experten nehmen an», schrieb er in der *Strategie des Kleinstaats*, «dass die Schweiz imstande sei, unabhängig vom Ausland und innert eines Zeitraumes von etwa zwanzig Jahren für Forschung, Entwicklung und Produktion mit einem tragbaren finanziellen Aufwand von einigen hundert Millionen pro Jahr drei- bis vierhundert Atomsprengköpfe kleineren und mittleren Kalibers herzustellen.»¹⁰ Anders als der Generalstab Ende der fünfziger Jahre forderte Däniker nicht eine taktische, sondern eine operative Atombewaffnung, wobei er sich unübersehbar von der französischen *Force de frappe*

inspirieren liess. Ein rein taktisches Arsenal würde zwar eine sehr wünschenswerte Verstärkung der Feuerkraft der Armee darstellen; zum Ziel, einen Krieg gegen die Schweiz überhaupt zu verhindern, trüge sie hingegen nur marginal bei. Deshalb sei es besser, weniger, dafür grössere Kaliber zu beschaffen, die mit Flugzeugen und Mittel-

«Jedes, auch ein noch so geringes schweizerisches Atompotenzial»,
gab er sich diesbezüglich überzeugt,
«wird zur Steigerung des
Eintrittspreises beitragen ...»

streckenraketen eingesetzt werden könnten. Innereuropäisch käme einem derartigen operativen Atomwaffenpotenzial darüber hinaus auch strategische Bedeutung zu. «Jedes, auch ein noch so geringes schweizerisches Atompotenzial», gab er sich diesbezüglich überzeugt, «wird zur Steigerung des Eintrittspreises beitragen und damit die konventionelle Bewaffnungslinie in einem gewissen Sinne fortsetzen. [...] Wichtiger sind aber die politisch-strategischen Wirkungen jeder Atombewaffnung, einmal auf eine allfällige herkömmliche Kriegführung, die nicht mehr unter einseitig schlechten Bedingungen für uns vor sich gehen würde, andererseits aber vor allem im Hinblick auf die Kriegshinderung.»¹¹



Gustav Dänikers 1966 erschienenes Buch *Strategie des Kleinstaats* löste zeitgenössisch wegen der darin verfochtenen Forderung nach einem strategisch-operativen Atomwaffenpotenzial harsche Kritik aus. Auch Karl Schmid sah sich veranlasst, der «gefährlichen These» des Zürcher Militärpublizisten in einer ausführlichen Rezension entgegenzutreten.

Karl Schmid nimmt Stellung

Es vermag nicht weiter zu erstaunen, dass Dänikers Buch zeitgenössisch weniger wegen der darin vertretenen integralen strategischen Gesamtsicht Aufsehen erregte, als vielmehr wegen der Forderung nach einem strategisch-operativen Atomwaffenpotenzial – eine Forderung, welche allenthalben als Provokation und Desavouierung der traditionellen Verteidigungsbemühungen aufgefasst und medial aufs heftigste kritisiert wurde. Die wohl gründlichste Auseinandersetzung mit den Überlegungen des streitbaren Zürcher Militärpublizisten stammte aus der Feder Karl Schmid, der im *Tages-Anzeiger* vom 29. Oktober 1966 eine ausführliche Buchbesprechung veröffentlichte. Schmid hatte sich zwar fast zeit seines Lebens immer wieder publizistisch mit Fragen der Landesverteidigung auseinandergesetzt; die Problematik einer schweizerischen Nuklearbewaffnung hatte er dabei jedoch nie angeschnitten.¹² Wie sehr ihm die Thematik offensichtlich missfiel, geht aus dem Brief, den er zusammen mit seiner Rezension an die *Tages-Anzeiger*-Redaktion sandte, mehr als deutlich hervor. An und für sich habe er die «Filiale «Militärisches» im Kaufhaus seines Lebens» bereits geschlossen, meinte er, als «besorgter Zeitgenosse K. Schmid, in der «Abendstunde des Einsiedlers» komme er indessen nicht darum herum, der «gefährlichen These» des sicherheitspolitischen Vor- und Querdenkers «mit einer einigermassen hieb- und stichfesten Argumentation entgegenzutreten».¹³

⁹Däniker, Gustav, Zurück zur Strategie! Konsequenzen des neuen Kriegsbildes für die schweizerische Landesverteidigung. In: Si vis pacem – militärische Betrachtungen von Schweizern. Festschrift für Georg Züblin zum 60. Geburtstag. Frauenfeld 1964, S. 84–101.

¹⁰Däniker, Gustav, Strategie des Kleinstaats. Politisch-militärische Möglichkeiten schweizerischer Selbstbehauptung im Atomzeitalter. Frauenfeld/Stuttgart 1966, S. 161.

¹¹Ebd., S. 218.

¹²Immerhin hatte er bereits 1964, in einem – allerdings unpublizierten – Vortrag vor der Konferenz der kantonalen Militärdirektoren in der Frage einer schweizerischen Atombewaffnung für eine Art Kompromiss plädiert, indem er zwar entschieden gegen eine autonome *Force de frappe* nach französischem Vorbild Stellung genommen, eine taktische Atombewaffnung, «sollte sie zur Normalrüstung in Europa werden», aber offengelassen hatte. Siehe: Luchsinger, Fred, Die sicherheitspolitische Lage 1969 und die Beurteilung durch Karl Schmid. In: Kurt R. Spillmann Hans Künzi (Hrsg.), Karl Schmid als strategischer Denker. Beurteilung aus historischer und aktueller Perspektive. Bericht und Auswertung der Tagung vom 1. Juli 1997. Zürich 1997, (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung; Bd. 45), S. 37–40.

¹³Karl Schmid an August E. Hohler, 12.10.1966. Zit. nach: Thomas Sprecher/Judith Niederberger (Hrsg.), Karl Schmid, Gesammelte Werke; Bd. V. Zürich 1998, S. 296.

Anders als viele Zeitgenossen konnte Schmid den Überlegungen Dänikers durchaus auch Positives abgewinnen, zwingt das Buch doch dazu, die Grundlagen der schweizerischen Landesverteidigung mit Blick auf die atomare Strategie, die sich in der Tat fundamental von der konventio-

**Anders als viele Zeitgenossen
konnte Schmid den Überlegungen
Dänikers durchaus
auch Positives abgewinnen.**

nellen militärischen Denkweise unterscheide, kritisch zu hinterfragen. Allerdings werde der Zugang überflüssigerweise dadurch erschwert, «dass Däniker beim Vortrag seiner These sich nicht auf die Darlegung seiner Argumente beschränkt, sondern diesen durch polemische Ausfälle Nachdruck verleihen zu müssen glaubt».

Inhaltlich hielt Schmid die Argumentation des Zürcher Militärpublizisten aus dreierlei Gründen für falsch. Zum Ersten sei die «Versuchsanordnung», d. h. Dänikers Annahme, dass eine völlig isolierte Schweiz ausserhalb eines generellen Konfliktes zwischen den Weltmächten von einer atomaren Grossmacht nuklear erpresst würde und diese Erpressung vollkommen auf sich allein gestellt und mit eigenen Mitteln zurückweisen müsste, «grenzenlos unwahrscheinlich». Für alle anderen denkbaren

Inhaltlich hielt Schmid die Argumentation des Zürcher Militärpublizisten aus dreierlei Gründen für falsch.

strategischen Lagen aber fielen ein paar schweizerische Atombomben nicht ins Gewicht und sei die atomare Drohung des Kleinstaates schlichtweg unglaublich. Zum Zweiten könnte die Aufstellung einer schweizerischen *Force de frappe* allein schon aus finanziellen Gründen kaum zusätzlich zur bisherigen konventionellen Landesverteidigung realisiert werden und müsste notgedrungen auf Kosten der traditionellen Verteidigungsbereitschaft gehen. Und zum Dritten schliesslich hätte die Beschaffung strategisch-operativer Atomwaffen nicht nur militärische Konsequenzen, sondern würde das gesamte politische Gesicht und die politische Situation der Schweiz «in schwer absehbarem Ausmass» verwandeln. Namentlich sei zu befürchten, dass das Bild der friedliebenden Schweiz international einen «schwer reparierbaren Schaden» nähme, würde sie sich tatsächlich entscheiden, als nächster Staat – und als erster

ganz kleiner Staat – in den Klub der Atommächte einzutreten.¹⁴

In einem Punkt gab Schmid seinem Widersacher indessen völlig Recht: Die von Däniker geforderten Studien zur Abklärung der Machbarkeit einer eigenen Nuklearbewaffnung sollten unbedingt durchgeführt werden, jedoch «nicht in erster Linie im Hinblick auf eine *Force de frappe*, sondern im Hinblick auf eine vielleicht einmal notwendige Verstärkung unseres Verteidigungspotenzials mit taktischen Atomwaffen». Das Zitat zeigt, dass Schmid eine atomare Aufrüstung der Schweizer Armee zu diesem Zeitpunkt noch nicht grundsätzlich ablehnte – eine Haltung, die er allerdings später zunehmend in Frage stellen sollte.

Die Einsetzung der Studienkommission für strategische Fragen

Die letzte, von Gustav Däniker initiierte öffentliche Debatte über eine Schweizer Atombewaffnung hatte anders als jene in den späten fünfziger Jahren keinen direkten Einfluss mehr auf die Entscheidungsträger. In Bezug auf seine in den Medien wenig beachtete Forderung nach Darlegung einer sicherheitspolitischen Gesamtstrategie sollte ihm hingegen Erfolg beschieden sein. Unmittelbar nach Erscheinen des Buches, am 22. September 1966, regte der Unterstabschef Planung, Oberst i GSt Hans Wildbolz, nämlich an, einen aus verwaltungs-externen Persönlichkeiten bestehenden Ausschuss zu bilden, welcher Grundlagen für die Meinungsbildung im Bereich der strategischen Konzeption erarbeiten sollte.¹⁶ Nachdem anlässlich der Landesverteidigungsübung vom Januar 1967 das Fehlen einer strategischen Denkweise einmal mehr mit aller Deutlichkeit offen zutage

Der sogenannten Studienkommission für strategische Fragen (SFF) gehörten insgesamt 26 ausgewiesene Strategieexperten an.

getreten war, nahm Generalstabschef Paul Gygli diese Anregung auf und beantragte dem Departementsvorsteher und der Landesverteidigungskommission (LVK) nun seinerseits, eine entsprechende Studiengruppe einzusetzen. Die Armeespitze gab diesem Ersuchen Mitte März 1967 statt. Neben wenigen Exponenten aus der Generalstabsabteilung, welche mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen sollten, gehörten der so genannten *Studienkommission für strategische Fragen* (SFF) insgesamt 26 ausgewiesene Strategieexperten an, un-

ter ihnen, um nur die wichtigsten zu nennen, Curt Gasteyer, Jacques Freymond, Urs Schwarz und – selbstverständlich – Gustav Däniker. Zum Präsidenten wurde Karl Schmid berufen, nicht nur, weil er sich seit dem Zweiten Weltkrieg verschiedentlich zu politisch-strategischen Fragen geäussert hatte, sondern nicht zuletzt auch deshalb, weil er in seiner Eigenschaft als Generalstabsoffizier an allen drei bisher durchgeführten Landesverteidigungsübungen jeweils die zivilen Expertengruppen geleitet hatte und dadurch mit der Materie bestens vertraut war.¹⁷

Der ganze Fragenkomplex rund um die Problematik einer allfälligen eigenen Nuklearbewaffnung hatte freilich auch innerhalb der SFF zentrale Bedeutung, dies umso mehr, als dass die LVK von der Kommission in erster Dringlichkeit eine Stellungnahme zur Haltung der Schweiz gegenüber dem seit Beginn der sechziger Jahre zwischen den Grossmächten in Genf verhandelten Atomwaffensperrvertrag erwartete.¹⁸ Oberstkorpskommandant Gygli machte diese Erwartungshaltung anlässlich der ersten Plenarsitzung der SFF vom 7. Juli 1967 unmissverständlich deutlich, indem er ausführte: «Was die Arbeit der Studienkommission betrifft, scheint es mir in Anbetracht der intensivierte Bemühungen um den Abschluss eines *Nonproliferationsabkommens für Nuklearwaffen* richtig, aus dem Gesamtzusammenhang der strategischen Konzeption vorerst das besonders dringliche Problem der Erarbeitung von *Richtlinien für eine schweizerische Nuklearpolitik* herauszugreifen.»¹⁹ Der Druck, prioritär

¹⁴ Schmid, Karl, Sind Atomwaffen für die Schweiz unerlässlich? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Buch von Gustav Däniker über die «Strategie des Kleinstaats». In: Thomas Sprecher/Judith Niederberger (Hrsg.), Karl Schmid, Gesammelte Werke; Bd. V. Zürich 1998, S. 7–13.

¹⁵ Ebd., S. 13.

¹⁶ BAR E 5560(D), 1996/188, 71, USC Plan, Oberst i GSt Wildbolz, an GSC, KKdt Gygli, 22.9.1966.

¹⁷ Zur SSF siehe: Senn, Hans, Friede in Unabhängigkeit. Von der Totalen Landesverteidigung zur Sicherheitspolitik. Frauenfeld 1983, S. 103–131, und Breitenmoser, Christoph, Strategie ohne Aussenpolitik. Zur Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik im Kalten Krieg. Diss. Univ. Zürich. Bern [u.a.] 2002, (Studien zur Zeitgeschichte und Sicherheitspolitik; Bd. 10), S. 155–186.

¹⁸ Siehe dazu: Wollenmann, Reto, Zwischen Atomwaffen und Atomsperrvertrag. Die Schweiz auf dem Weg von der nuklearen Option zum Nonproliferationsvertrag (1958–1969). Zürich 2004, (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung; Bd. 75) und Winkler, Theodor, Kernenergie und Aussenpolitik. Die internationalen Bemühungen um eine Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Schweiz. Diss. Univ. Genf. Berlin 1981, (Studien zur internationalen Sicherheit; Bd. 7).

¹⁹ BAR E 5560(D), 1996/188, 72, Protokoll der 1. Plenarsitzung der SFF vom 7.7.1967, S. 10.

zum Atomwaffensperrvertrag Stellung zu beziehen, war allerdings nicht unproblematisch, hiess dies doch, dass, wie Karl Schmid an derselben Sitzung erläuterte, auf eine konkrete Frage eine konkrete Antwort formuliert werden müsse, wobei die Grundsätze, aus denen diese Antwort zu deduzieren sei, noch gar nicht existierten.²⁰ Oder anders ausgedrückt: Die SSF hatte mit der Beurteilung der schweizerischen Strategie im Nuklearzeitalter noch nicht einmal angefangen und musste schon relativ bald ein Urteil darüber abgeben, ob eigene Atomwaffen ein taugliches Mittel zur Erhöhung der Sicherheit der Schweiz darstellten und welche sicherheitspolitischen Konsequenzen ein freiwilliger Verzicht auf die Weiterführung der Option, wie er mit dem Nonproliferationsvertrag ja gefordert wurde, aus strategischer Sicht hätte.

Die SSF war nicht das einzige Gremium, welches sich mit den möglichen Folgen eines Beitritts der Schweiz zum Atomwaffensperrvertrag befasste. Seit dem Frühsommer 1967 untersuchte eine Arbeitsgruppe von Fachleuten der schweizerischen Reaktortechnik das Problem unter

**Die SSF war nicht das einzige
Gremium, welches sich mit
den möglichen Folgen eines
Beitritts der Schweiz zum
Atomwaffensperrvertrag befasste.**

Berücksichtigung der industriell-technischen Aspekte, und etwa zeitgleich mit der SSF wurde auch eine vom EPD geführte *Interdepartementale Arbeitsgruppe Atomsperrvertrag* (IAA) tätig, welche vor allem die ausserpolitische Dimension des Abkommens beleuchten sollte. Brisant war dabei, dass der sozialdemokratische EPD-Vorsteher Willy Spühler und viele seiner engsten Mitarbeiter dem Vertrag gegenüber von Anfang an positiv eingestellt waren. Dass der Schlussbericht der SSF überhaupt noch in die politische Entscheidungsfindung einbezogen wurde, war denn auch eher dem Zufall, sprich der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei, zu verdanken. Die angespannte Weltlage im Nachgang zum sogenannten «Prager Frühling» lieferte Bern im Sommer 1968 nämlich den Vorwand, sich dem vor allem von den USA ausgeübten Druck auf möglichst baldige Vertragsunterzeichnung vorläufig zu entziehen und die Unterschrift bis Mitte November 1969 hinauszuzögern.

Die Atomwaffenfrage in der Kommission Schmid

Doch zurück zu den Arbeiten innerhalb der SSF, wo sich ab August 1967 der neunköpfige *Arbeitsausschuss (AA) 1 Nuklearpolitik* unter Leitung von Professor Urs Schwarz mit der gesamten Atomwaffenproblematik beschäftigte. Dem AA1 gehörten neben den bereits erwähnten Strategieexperten Däniker, Gasteyer und Freymond auch Fachleute für die technischen Belange an, unter ihnen Prof. Walter Winker, einer der Verfasser des MAP-Berichtes von 1963, sowie als ausgewiesener Spezialist für die militärischen Fragen Oberst i GSt Hans Senn, der Chef der Operationssektion. Trotz anfänglich kontroversen Standpunkten von Befürwortern und Gegnern einer atomaren Bewaffnung und eines Beitritts zum Atomwaffensperrvertrag gelang es den Mitgliedern des AA1 schliesslich, sich in beiden Fragen auf gemeinsame Positionen zu einigen.

Der gewünschte Vorbericht zum Nichtweiterverbreitungsabkommen wurde dem Generalstabschef noch vor Jahresende unterbreitet. Nach ausführlichen Diskussionen über die Vor- und Nachteile einer Vertragsunterzeichnung hatte sich der Arbeitsausschuss zu einer zustimmenden Empfehlung durchringen können. Eine Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen – so wurde argumentiert – wirke zweifelsohne einer Verschlechterung der internationalen Beziehungen entgegen, was durchaus im Interesse der Schweiz liege. Allerdings bedeute der im Beitritt zum Nonproliferationsvertrag liegende Verzicht auf jede Möglichkeit einer eigenen Atombewaffnung «eine Beschränkung unserer Handlungsfreiheit, die nur gerechtfertigt werden kann durch die überzeugende Feststellung, dass eine uns zugängliche Nuklearbewaffnung die nationale Sicherheit nicht erhöhen würde, und durch die Gewissheit, dass unser Verzicht die Sicherheit auf indirektem Wege besser gewährleistet».²¹

Beurteilung des militärischen Nutzens eigener Atomwaffen

Die Beantwortung genau dieser Fragen stand im Zentrum der weiteren Arbeiten des AA1. Am 23. Januar 1968 beauftragte der Ausschuss den Chef Operationssektion, eine Studie zum militärischen Problem einer eigenen Nuklearbewaffnung zu verfassen.²² Der erste Entwurf zu diesem Bericht mit dem Titel *Beurteilung des militärischen Nutzens einer Ausrüstung der Armee mit Kernwaffen* lag am 15. April 1968 vor. Senn hatte sich vor der Übergabe des 35-seitigen Dokumentes an den Ausschuss mit Gustav Däniker abgesprochen, weil es seines Er-

achtens angezeigt war, gerade den vehementesten Verfechter einer schweizerischen Atombewaffnung in die Erarbeitung der Studie einzubinden, damit dieser später nicht sagen konnte, seine Argumente seien von offizieller Seite überhaupt nie ernsthaft diskutiert worden.²³ Bei der Beurteilung des Nutzens eigener Nuklearwaffen unterschied Senn zwischen einem strategischen Potenzial, welches die Schweiz höchstens unter Inkaufnahme einer Schwächung der konventionellen Kampfkraft aufbauen könnte, und einer operativ-taktischen Atombewaffnung. Ersteres sei von vorneherein unglaubwürdig. Demgegenüber steige die Abschreckungswirkung auf einen atomgerüsteten Gegner und damit auch die Möglichkeit zur Kriegsverhinderung durch eine gemischt atomar-konventionellen Armee stark an. «Die durch die atomare Bewaffnung erhöhte kriegsverhindernde Wirkung hängt letztlich davon ab, ob die Drohung, unter Umständen als Erste Atomwaffen einzusetzen, glaubwürdig ist. Diese Glaubwürdigkeit ist nur dann gewährleistet, wenn die Armee auch in der Lage ist, in einem atomaren Krieg zu kämpfen; die konventionelle Ausrüstung ist daher ebenso entscheidend. [...] Daraus muss der Schluss gezogen werden, dass eine atomare Bewaffnung nicht auf Kosten der konventionellen Rüstung vorgenommen werden kann. [...] Ein Krieg unter Einsatz von Atomwaffen, auch wenn dieser nur auf militärische Ziele begrenzt wäre, hätte auf Dauer für unsere Bevölkerung schwerwiegende Folgen. Der Kriegsverhinderung kommt daher entscheidende Bedeutung zu. Nur eine atomar und konventionell modern gerüstete Armee vermag auch in Zukunft potenzielle Angreifer davon zu überzeugen, dass ihr Einsatz und Risiko bei der Niederwerfung der Schweiz grösser sind, als der unter besten Bedingungen zu erzielende Gewinn.»²⁴

In der Beurteilung des militärischen Nutzens eigener Nuklearwaffen blieb die Operationssektion folglich zwiespältig: strategische Atomwaffen: nein; operativ-

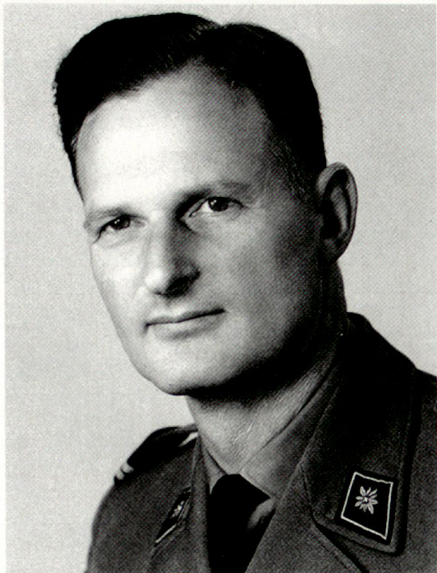
²⁰ Ebd.

²¹ BAR E 5560(D), 1996/188, 73, Bericht AA Nonproliferation, Die Haltung der Schweiz gegenüber einem Nonproliferationsabkommen, 5.12.1967, S. 8.

²² BAR E 5560(D), 1996/188, 72, Protokoll der 1. Sitzung der 2. Phase des AA1 vom 23.1.1968, S. 3.

²³ Senn, Hans, Die Kommission Schmid und die Nuklearwaffenfrage. In: Kurt R. Spillmann/Hans Künzi (Hrsg.), Karl Schmid als strategischer Denker. Beurteilung aus historischer und aktueller Perspektive. Bericht und Auswertung der Tagung vom 1. Juli 1997. Zürich 1997, (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung; Bd. 45), S. 37–40, hier S. 38f.

²⁴ BAR E 5560(D), 1996/188, 73, Chef Operationssektion, Oberst i GSt Senn, Beurteilung des militärischen Nutzens einer Ausrüstung der Armee mit Kernwaffen, 15.4.1968, S. 32f.



Oberst i Gst Hans Senn gehörte seit seiner Abkommandierung an die französische Ecole Supérieure de Guerre Ende der fünfziger Jahre zu den ausgewiesenen militärischen Experten in Fragen der Atomkriegführung. In seiner Funktion als Chef Operationssektion der Generalstabsabteilung betreute er in den späten sechziger Jahren das Atomwaffen-dossier.

Foto: EMB

taktische Atomwaffen: ja, aber nur wenn durch eine Nuklearbewaffnung die konventionelle Abwehrkraft nicht in Frage gestellt würde. Weil die Anpassung der Armee an die nukleare Kampfführung voraussichtlich zu noch höheren Kosten führen werde, so erläuterte Senn die Quintessenz seiner Studie anlässlich der Sitzung des AA1 vom 25. April 1968, gäbe es letztlich nur zwei Alternativen, nämlich «entweder die notwendigen Mehrkosten in Kauf zu nehmen oder aber auf die A-Waffe zu verzichten».²⁵ Von sich aus ein Fallenlassen der nuklearen Option vorzuschlagen, wollte

Der Arbeitsausschuss beurteilte die Problematik eigener Atomwaffen aus rein militärischer Sicht.

der Arbeitsausschuss 1 indessen keineswegs, was aber primär damit zusammenhing, dass er die Problematik eigener Atomwaffen aus rein militärischer Sicht beurteilte in der Meinung, die übrigen Aspekte, insbesondere die aussenpolitischen und finanziellen, würden im Anschluss von der SSF als ganzes in eine umfassende strategische Kosten-Nutzen-Abwägung miteinbezogen. In ihrem Schlussbericht vom Juni 1968 kam sie denn auch zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie die Operationssektion, dass nämlich «die strategische Abschreckung mit Hilfe einer nuklearen Panapolie ausserhalb unserer Möglichkeiten liegt und mindestens gegenüber nuklearen Grossmäch-

ten, gegen die sie am ehesten angerufen werden müsste, weitgehend wirkungslos wäre. Nuklearwaffen der operativen und taktischen Ebene würden die abhaltende Wirkung, die unserer konventionellen Kriegsbereitschaft innewohnt, wesentlich verstärken. Sollten Nuklearwaffen auf Kosten unserer konventionellen Bereitschaft erkaufte werden, so würden sie die Gefahr nicht vermindern, sondern erhöhen, dass ein um unser Land geführter Krieg zum Nuklearkrieg wird.»²⁶

An seinem Bekenntnis zugunsten eines Beitritts zum Nonproliferationsabkommen vom Vorjahr hielt der AA1 fest. Für den Fall, dass wichtige europäische Industriestaaten (gemeint war damit insbesondere die Bundesrepublik Deutschland) zum Entschluss gelangen würden, auf eine Ausrüstung mit Atomwaffen nicht verzichten zu können, müsse sich indessen auch die Schweiz wappnen. Dafür seien unabhängig davon, ob der Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet werde, die nötigen Vorkehren zu treffen, d.h., es sei ein eigentliches Vorprogramm in Angriff zu nehmen, wie es einer später allenfalls einzuleitenden Waffenproduktion vorangehen müsste. Konkret ging es dabei einerseits um eine Reihe von Massnahmen mit vordergründig zivilem Nutzen, andererseits aber auch um rein militärische Studien, wie solchen auf dem Gebiet der Konstruktion und Fertigung von Sprengkörpern, der Vorbereitung unterirdischer Erprobungen und der Entwicklung von Atomwaffenträgern.²⁷

Der Standpunkt des Kommissionspräsidenten

Karl Schmid schien mit all diesen Beurteilungen und Vorschlägen des Arbeitsausschusses 1 einig zu gehen. Als ihn nämlich Gustav Däniker Mitte Juni 1968 darum ersuchte, den noch nicht durch die gesamte SSF behandelten Bericht des AA1 baldmöglichst dem Generalstabschef mit der Bitte zu unterbreiten, «dafür zu sorgen, dass auf dem Nuklearsektor keine übereilten Schritte unternommen werden»,²⁸ antwortete er «vertraulich und persönlich», dass er dies ohnehin vorgehabt habe.²⁹ Tatsächlich überantwortete er Oberstkorpskommandant Paul Gygli das Dokument wenig später zusammen mit einem Schreiben, worin er hervorhob, dass die Studie erkennen lasse, dass die Landesregierung ihre Optionsfreiheit durch einen übereilten Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfe. Der Bericht widerspiegle zwar nur die Auffassung eines der sechs Arbeitsausschüsse der SSF und sei noch nicht in den «Zusammenhang des allgemeinen strategisch-politischen Instrumentariums der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik» gestellt worden, es

handle sich aber keineswegs um eine Parateschrift pro oder kontra schweizerische Atomwaffen, «sondern um eine Reihe von Einsichten und Folgerungen, die auch bei verschiedener «gefühlsmässiger» Einstellung gegenüber der Frage schweizerischer Nuklearwaffen gültig sind». Deshalb werde die Substanz der Studie «sehr wahrscheinlich im endgültigen Bericht der SSF ungefähr so enthalten sein».³⁰

Karl Schmid hatte damit vor allem als Präsident der SSF argumentiert. Dass seine persönliche, «gefühlsmässige» Einstellung offensichtlich immer weniger mit derjenigen des AA1 übereinstimmte, sollte gut drei viertel Jahre später offen zutage treten. Im Frühjahr 1969 – in den vergangenen Monaten hatte ein Redaktionsausschuss

«Ich halte die abhaltende Wirkung operativ-taktischer Atomwaffen für ebenso unglaublich wie die abschreckende Wirkung strategischer Waffen.»

eine erste Fassung des SSF-Schlussberichts verfasst, die nun sämtlichen Mitgliedern zur Stellungnahme vorlag – versuchte der Chef Operationssektion, seine mittlerweile bereinigte Beurteilung des militärischen Nutzens einer Ausrüstung der Armee mit Kernwaffen möglichst direkt in den Kommissionsbericht einfließen zu lassen, dies vor allem aus der Befürchtung heraus, dass die militärischen Belange ansonsten nicht richtig gewürdigt würden.³¹ Schmid war zwar bereit, Senns Arbeit unter dessen eigenem Namen ins Dossier seiner Kommission aufzunehmen, gleichzeitig legte er ihm aber in einem dreiseitigen Schreiben unmissverständlich dar, weshalb er selber jegliche atomare Aufrüstung der Schweiz ablehnte. Wörtlich schrieb er: «Ich halte die abhaltende Wirkung operativ-taktischer Atomwaffen für ebenso unglaublich wie die abschreckende Wirkung strategischer Waffen.» In seiner Begründung wies er darauf hin, dass auch ein begrenzter

²⁵ BAR E 5560(D), 1996/188, 73, Protokoll der Sitzung des AA1 vom 25.4.1968, S. 3.

²⁶ BAR E 5560(D), 1996/188, 72a, SSF, AA1, Die Bedeutung der Nuklearwaffen für die schweizerische Verteidigungsstrategie, Juni 1968, S. 7.

²⁷ Ebd., S. 14.

²⁸ AfZ, Nachlass Karl Schmid, 1568, Däniker an Schmid, 14.6.1968.

²⁹ AfZ, Nachlass Karl Schmid, 1568, Schmid an Däniker, 22.6.1968.

³⁰ BAR E 5560(D), 1996/188, 71, Schmid an GSC, KKdt Gygli, 5.7.1968.

³¹ Stüssi, a.a.O., S. 140.

Atomkrieg jederzeit die Gefahr einer Eskalation in sich trage. Ein Ersteinsatz von atomaren Kriegsmitteln durch die Schweiz würde zudem die Weltmeinung negativ beeinflussen. Ferner gebe es im Operationsgebiet der Armee keine wirklichen Möglichkeiten, Atomwaffen auf selektive Ziele anzusetzen. Die Bekämpfung von Zielen jenseits der Landesgrenze dagegen sei «schlicht unsittlich». Schliesslich falle ein schweizerisches Atomwaffenpotenzial für die NATO als potenzieller Bündnispartner nicht ins Gewicht, da sie selbst genügend Kernwaffen besitze, um notfalls auch die Schweiz zu unterstützen. Mangelware seien vielmehr konventionelle Streitkräfte. Aus all dem Gesagten folgte er: «Wir müssen alle verfügbaren finanziellen Mittel zur Erhöhung von Feuerkraft, Beweglichkeit und Schutz der Armee einsetzen.»³²

Schlussbetrachtung

Schmids persönliche Meinung stand freilich nicht nur im Widerspruch zu den Überlegungen der Operationssektion, sondern auch zu denjenigen des AA1. Dass Schmids ablehnende Haltung kaum in den Schlussbericht der SSF *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz* einfluss, welcher am 14. November 1969 dem Generalstabschef abgeliefert und anderthalb Jahre später auch publiziert wurde, dürfte vor allem auf den Umstand zurückzuführen sein, dass für eine vertiefte Diskussion zwischen dem *Arbeitsausschuss Nuklearbewaffnung* und dem Kommissionspräsidenten schlichtweg die Zeit fehlte. Ebenfalls aus Zeitmangel musste auf die anfänglich vorgesehene Konfrontation der militärischen mit den aussen- und innenpolitischen Aspekten einer schweizerischen Nuklearbewaffnung verzichtet werden, so dass im Kommissionsbericht die Problema-

tik eigener Atomwaffen überwiegend aus rein militärischer Optik beurteilt wurde.³³

Obschon sich Schmid selber folglich entschieden konsequenter gegen schweizerische Kernwaffen ausgesprochen haben dürfte, stellte er sich in der Folge stets loyal hinter die Ergebnisse seiner Studienkommission. So betonte er beispielsweise anlässlich der Pressekonferenz vom 5. April 1971, an welcher der SSF-Bericht der Öffentlichkeit übergeben wurde, dass der in der *Konzeption 66* formulierte und in den *Grundlagen für eine strategische Konzeption der Schweiz* argumentativ untermauerte Grundsatz unabhängig vom mittlerweile gefallenen Entscheid des Bundesrates, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten, gültig bleibe, nämlich «die Möglichkeit einer Option offenzuhalten, solange Atomwaffen bestehen. Dazu gehört, dass die Grundlagen für eine fundierte Beurteilung der Lage beschafft und à jour gehalten werden.»³⁴

Loyal zeigte sich auch Schmids vehementester Widersacher Gustav Däniker, der in internen Stellungnahmen zu den Berichtsentwürfen der SSF mindestens bis ins Frühjahr 1969 unbeirrt an seinen ursprünglichen, entschieden radikaleren

Loyal zeigte sich auch

Schmids vehementester Widersacher Gustav Däniker.

Überlegungen festgehalten hatte.³⁵ Trotz bisweilen unüberbrückbar scheinenden Gegensätzen in Sachfragen blieb das gegenseitige Verhältnis zwischen den beiden herausragenden strategischen Denkern übrigens stets freundschaftlich. Däniker zeigte sich denn auch – in einem sehr per-

sönlich gefärbten Vortrag zwanzig Jahre nach Schmids Tod – ausgesprochen dankbar für die Bereicherung, die er durch die «aufbauende Kritik, durch intensives klärendes Nachfragen und freundschaftliche Belehrung» des SSF-Präsidenten zu wiederholten Malen hatte erfahren dürfen.³⁶

Mag sein, dass Schmids «aufbauende Kritik» und seine «freundschaftlichen Belehrungen» Gustav Däniker veranlassten, auch und gerade in der Frage schweizerischer Atomwaffen mit der Zeit mehr und mehr von seinen anfänglich verfochtenen Positionen abzurücken. Weitaus stärker zu diesem Meinungsumschwung beigetragen hatte aber vermutlich doch eher die sich allmählich festigende Einsicht, dass ein allenthalben respektierter Atomwaffensperrvertrag die Sicherheit der Schweiz zumindest ebenso nachhaltig garantieren würde wie eine eigene nukleare Aufrüstung – und dies erst noch ethisch und politisch entschieden eleganter und vor allem wesentlich kostengünstiger. Auch wenn es Däniker und vielen anderen hohen Militärs fraglos schwer fiel, die in einem vertraglich kontrollierten Verzicht liegende Beschränkung der ursprünglich angestrebten maximalen Handlungsfreiheit innerlich zu akzeptieren, wurden die nuklearen Pläne im Zuge des steigenden Vertrauens in die international geregelte Nichtweiterverbreitung im Verlaufe der Jahre gleichsam stillschweigend begraben. Am 1. November 1988 zog EMD-Vorsteher Arnold Koller einen endgültigen Schlussstrich unter das Thema Schweizer Atomwaffen, indem er den 1969 geschaffenen *Arbeitsausschuss für Atomfragen* (AAA), der die mit Blick auf die Erhaltung des Schwellmachtstatus zwingend nötigen minimalen Forschungen in den beiden vergangenen Jahrzehnten zumindest auf kleinster Sparflamme weitergeführt hatte, auf dessen eigenen Antrag hin auflöste. Damit hatte die Schweiz die Option einer eigenen Atomrüstung kurz vor Ende des Kalten Krieges definitiv fallengelassen – ein Entscheid, den Karl Schmid, auch in dieser Frage bedeutend weitsichtiger als viele seiner Zeitgenossen, wohl ebenfalls freudig begrüsst hätte.

Das Unbehagen im Kleinstaat Schweiz

Der Germanist und politische Denker Karl Schmid 1907–1974
Herausgegeben von Bruno Meier



Zum 100. Geburtstag Karl Schmids (1907–1974), einer der herausragendsten Schweizer Persönlichkeiten in der Zeit der geistigen Landesverteidigung und des Kalten Krieges, findet vom 19. September 2007 bis 31. Januar 2008 im Museum Bärengrasse in Zürich eine Ausstellung statt.

Begleitend erscheint im September 2007 eine Publikation, in welcher die zahlreichen Facetten dieses bedeutenden Denkers aus unterschiedlicher Optik beleuchtet werden.

Bruno Meier (Hrsg.)

Das Unbehagen im Kleinstaat Schweiz

Der Germanist und Denker Karl Schmid (1907–1974)

zirka 160 Seiten, zirka 55 s/w Abbildungen.
Erscheint im September 2007
im Verlag NZZ

³² Zit. nach: Senn, a.a.O., S. 39f.

³³ Siehe: *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen vom 14. November 1969. Stäfa 1971, (Schriften des SAD; Bd. 14), S. 99–108.

³⁴ *Grundlagen eines strategischen Gesamtkonzepts*. Der Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. In: NZZ Nr. 160, 6.4.1971, S. 21f., hier S. 21.

³⁵ AfZ, Nachlass Gustav Däniker, 2.3.1, Däniker an Schmid, Bemerkungen zum Bericht SSF, 2.3.1969, S. 7 u. 14.

³⁶ Däniker, Gustav, Karl Schmid als Soldat und Stratege. In: Beiträge zum zweiten Karl-Schmid-Symposium. Zürich 1994, S. 15–18, hier S. 18.